



Landeshauptstadt
München
Direktorium

Landeshauptstadt München, Direktorium,
Friedenstraße 40, 81660 München

Hauptabteilung II
BA-Geschäftsstelle Ost
für die Bezirksausschüsse
5, 13, 14, 15, 16, 17, 18

Friedenstraße 40
81660 München
Telefon (089)/233 – 6 14 83
Telefax (089)/233 – 6 14 85
Zimmer: 2.205
E-mail: bag-ost.dir@muenchen.de

Datum
14.02.2012

Protokoll

über die öffentliche Sitzung des BA 13 Bogenhausen (Amtsperiode 2008 – 2014)
vom Dienstag, den 14.02.2012, um 19.30 Uhr
in der Sportgaststätte Halbzeit, Engelschalkinger Straße 206

Beginn:	19.40 Uhr	Ende:	22.25 Uhr Pause von 20.35 Uhr – 20.40 Uhr
Anwesend:	BA-Mitglieder: 33 (lt. Anwesenheitsliste)		
	Presse:	siehe Anwesenheitsliste	
	Gäste:	siehe Anwesenheitsliste	
BA-Geschäftsstelle:	siehe Anwesenheitsliste		
Entschuldigungen:	Fr. George, Hr. Helbig		
Sitzungsleitung:	Fr. Angelika Pilz-Strasser		
Schriftführung:	siehe Anwesenheitsliste		

U-Bahn: Linie 5
Haltestelle Ostbahnhof
S-Bahn: alle Linien
Haltestelle Ostbahnhof
Linien 2, 3, 4, 8
Haltestelle Leuchtenbergring

Straßenbahn: Linie 19
Haltestelle Ampfingstraße
Bus: Linie 144
Haltestelle Ampfingstraße
Linie 54, 100
Haltestelle Haidenauplatz

Bus: Linien
55, 145, 152, 155, 159
Haltestelle Ostbahnhof
Linie 146
Haltestelle
Ostbahnhof (Friedenstraße)

Internet:
<http://www.muenchen.de>

1 Allgemeines

1.1 Ordnungsgemäße Ladung, Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des BA 13, Frau Angelika Pilz-Strasser, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Bezirksausschusses, die Gäste sowie den Mitarbeiter der BA-Geschäftsstelle und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

1.2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.01.2012

Folgende Anmerkungen werden gemacht:

- zu TOP 2.3.1, Denninger Straße, östlich Radspielerstraße, Anordnung eines absoluten Haltverbotes:

Hr. Brannekämper hat folgenden Ergänzungsvorschlag: „Herr Dr. Hölzle bezweifelte, ob überhaupt ein Halteverbot dort notwendig sei, da nach seiner Einschätzung vor Ort die Einfahrt von der Radspielerstraße ostwärts in die Denninger Straße nicht gefährlicher sei, als an vielen anderen vergleichbaren Einmündungen in München auch. Dass die von ihm hier geäußerten Meinung von der im Verkehrsausschuss abweiche, begründete er mit den bei seiner Ortbesichtigung neu gewonnenen Erkenntnisse.“

- zu TOP 2.3.2, Antrag: Radfahren in St. Emmeram gegen die Einbahnrichtung ermöglichen, SPD-Antrag:

Hr. Brannekämper weist auch hier darauf hin, dass sich Hr. Dr. Hölzle zu Wort gemeldet habe. „Hr. Dr. Hölzle gab zu bedenken, dass nach einer Legalisierung der offenbar bestehenden Praxis von Radfahrern, entgegen der Einbahnregelung nach St. Emmeram zu fahren, das Gefährdungspotential erheblich steige. Man fahre weit vorsichtiger, wenn man weiß, dass man bestehende Vorschriften missachte. Er erklärte, dass er nicht mit verantwortlich gemacht werden möchte, wenn eine Person zu Schaden kommt.“

- zu TOP 2.3.2:

Hr. Machatschek bittet um Korrektur des zweiten Satzes in Absatz 4: Zahlen über die Unfälle in Folge der Öffnung der Einbahnstraßen seien sehr wohl bekannt. Es gebe nämlich keine Unfälle.

Die Genehmigung des Protokolls vom 10.01.2012 wird (aufgrund einer Rückfrage der SPD-Fraktion) **einstimmig vertagt**.

1.3 Genehmigung der Tagesordnung

Folgende Nachtragspunkte werden aufgenommen:

zu 2.3.17 Pendlersabzocke (an den Parkautomaten) am S-Bahnhof Johanneskirchen sofort einstellen!, Dringlichkeitsantrag SPD-Fraktion; Bürgerschreiben vom 08.02.2012

2.4.1 (Baumfällungen Anhörungen):

2.4.1.10	Saalestr. 1	1 Blautanne
2.4.1.11	Engschalkinger Str. 245	lt. Plan
2.4.1.12	Vollmannstr. 53	lt. Plan
2.4.1.13	Effnerstr. 122	lt. Plan
2.4.1.14	Gotthelfstr. 14	1 Walnussbaum

2.4.2 (Baumfällung Unterrichtung):

2.4.2.11	Adalbert-Stifter-Str. 25	2 serbische Fichten
2.4.2.12	Elektrastr. 17	1 Schwarzkiefer

zu 2.7.3 Kulturpreis des Bezirksausschusses 13; Antrag der SPD-Fraktion

- 3.1 Verkehrssituation an der Neuberghauser Straße Ecke Möhlstraße; Antrag der CSU-Fraktion
- 6.8 Straßenbenennung Wegstück von der Oberföhringer Straße, zw. Hs.Nr. 186 und 195 m östlich davon zu „Zur alten Ziegelei“; Nachricht Kommunalreferat vom 07.02.2012 (zu TOP 2.5.2/01/12)

Der Aufnahme dieser Punkte in die Tagesordnung wird jeweils einstimmig so zugestimmt.

2 Unterausschüsse (Vorgehandelte Angelegenheiten)

2.1 Vorstand

Berichterstattung Fr. Pilz-Strasser

- 2.1.1 Satzungsgemäße Erstellung der Tagesordnung der Bezirksausschuss-Sitzungen durch den Vorstand

Die bisherige Praxis der Erstellung der Tagesordnung entspricht nicht der BA-Geschäftsordnung, die hier eine Zuständigkeit des gesamten Vorstands festlegt. Um die Anzahl der Ergänzungen zur TO so gering wie möglich zu halten, empfiehlt es sich, den TO-Schluss – und damit auch die erforderliche Vorstandssitzung – möglichst spät, spätestens jedoch am Tag vor dem Versand der Unterlagen, zu terminieren. Derzeit können die überwiegend berufstätigen Vorstandsmitglieder keinen regelmäßig bei allen passenden Termin finden. Daher lautet die

Beschlussempfehlung: Vertagung.

- 2.1.2 Struktur der Unterausschuss – Einladung

Wegen des engen Zusammenhangs mit TOP 2.1.1 dieselbe

Beschlussempfehlung: Vertagung.

- 2.1.3 Umgang mit Bürgerschreiben – grundsätzliche Behandlung im Unterausschuss

Die Frage ist, wie Bürgerschreiben formal behandelt werden sollen, die entweder

- keinen erkennbaren Antrag beinhalten, sondern lediglich bestimmte Missstände aufzählen oder
- in denen etwas beantragt wird, worüber in der jüngeren Vergangenheit bereits (abschlägig) Beschluss gefasst wurde.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme mit dem generellem Wunsch, keine Schreiben unbeantwortet zu lassen.

- 2.1.4 Tausch Termin der Unterausschüsse Soziales/ Bildung/ Sport und Verkehr

Die Sitzungszeiten der beiden Unterausschüsse sind bereits seit diesem Monat getauscht. Daher die

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.1.5 Festsetzung der Termine und Sitzungsorte der Unterausschüsse für 2012

Den Pächtern der Sportgaststätte „Halbzeit“ wurden alle regulären Sitzungstermine der Unterausschüsse für 2012 bereits mitgeteilt.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.1.6 Festsetzung der Sitzungsorte der Plenumssitzungen 2012

Die Dezember-Sitzung findet wieder im ÖBZ statt.

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

2.1.7 Weitere Themen

- 2.1.7.1 Das **Nordostforum** plant als Kooperation von BA 13 und MVHS für den 23.03.2012 eine Veranstaltung zum Thema „Siedlungsentwicklung östlich der S 8“. Die Stadtbaurätin (oder jemand aus ihrem Referat) ist als Referentin vorgesehen. Für eine Podiumsdiskussion werden weitere mögliche Teilnehmer diskutiert:

- Hierin tätige Gutachter: (-), da wohl nicht unentgeltlich zu bekommen.
- Stadträte: (-), um der Veranstaltung einen mehr fachlichen als politischen Charakter zu geben.
- Vertreter des Münchner Forums: (+)

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

2.1.7.2 Kulturtage

Evtl. erforderliche Werbung soll aus dem bereits beschlossenen Budget in Höhe von 9.000,- € finanziert werden.

Die Eröffnung wird am 6. Juli 2012 abends im neuen Effnerheim stattfinden. Miete fällt hierfür nicht an. Es besteht die Überlegung, bei dieser Gelegenheit durch den BA einen Empfang zu veranstalten, bei dem z.B. Künstlerinnen und Künstler aus dem 13. Stadtbezirk eingeladen werden könnten.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

2.1.7.3 Kulturpreis

Um die erstmalige Organisation der Kulturtage nicht zusätzlich zu belasten, wird von der Auslobung eines Kulturpreises in diesem Jahr noch Abstand genommen. Der UA Kultur, Projekte wird aber mit der Konzeptentwicklung für 2013 beauftragt (siehe TOP 2.7.3).

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- 2.7.7.4 Herr Dr. Mylonas von **Regsam** hat mitgeteilt, im März im Plenum sprechen zu wollen (wohl zur Rechenschaftslegung). Zur Klärung des Inhalts und ob nicht auch eine Durchführung im UA Soziales, Bildung, Sport in Betracht kommt, wird Frau Sippl als betroffenen UA-Vorsitzende mit Herr Dr. Mylonas das Gespräch suchen.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

2.1.7.5 Ortstermine

Im UA Verkehr hat sich gezeigt, dass der frühere BA-Beschluss (vollständiger Verzicht auf bezahlte Ortstermine) nicht durchführbar ist. Als Kompromisslösung fasst der Vorstand folgende

Beschlussempfehlung:

Der UA Verkehr hält bis zu sechs bezahlte (Sammel-)Ortstermine pro Jahr ab. Die Fraktionen werden jedoch gebeten, nur jeweils einen einzigen Vertreter zu entsenden.

Den Beschlussempfehlungen des Unterausschussprotokolls wird einstimmig zugestimmt.

2.2 Unterausschuss Planung

Berichterstattung Hr. Otto

- 2.2.1 Ecke Vollmannstraße (westlich), Denninger Straße (nördlich), Entwurf für eine Bebauungsplanänderung, Vorstellung durch die Bayer. Hausbau.

Herr Otto begrüßt die Herren Dr. Büllesbach und Bayer von der Bayerischen Hausbau sowie die an diesem Thema interessierten, anwesenden Bürgerinnen und Bürger im Unterausschuss. Der Vorschlag der Bayerischen Hausbau sollte in der Stadtgestaltungskommission erörtert werden, wurde jedoch von der Tagesordnung genommen.

Derzeit wird er diskutiert, der BA sieht ihn heute zum ersten Mal. Herr Otto fragt den UA Planung, ob er mit folgendem Verfahren einverstanden ist: Heute erfolgt nur eine Kenntnisnahme, die Diskussion folgt dann in den einzelnen Fraktionen und dann in einem späteren UA Planung, wenn das Vorhaben auf dem Verfahrensweg weiter ist. Zudem fragt er, ob das Gremium Bürgerfragen zulässt und eine Redezeitbegrenzung von fünf Minuten für adäquat hält. Beidem wird im Unterausschuss einstimmig zugestimmt.

Dr. Büllesbach stellt das Bauvorhaben vor. Die sechs Reihenhäuser an der Nordseite des Grundstücks liegen nicht im Umgriff des Bebauungsplanes. Die Zentrale der Bayerischen Hausbau wird in die Denninger Straße 165 umziehen, an der Stelle des jetzigen Bürogebäudes wird nun Wohnungsbau vorgeschlagen. Erste Diskussionen mit dem Planungsreferat gab es bereits vor eineinhalb Jahren. Er zeigt die Höhenprofile in der Denninger Straße auf. Es handelt sich dabei nicht um eine klassische Blockrandbebauung. Gegenüber dem Bauvorhaben steht das Ungarische Konsulat und die markante Wohnbebauung im Südosten. Die Maßnahme ist in zwei Schritten geplant: Der Ersatzbau für die Bürogebäude soll in etwa vier bis fünf Jahren errichtet werden, die Gebäude auf der heutigen Wohnbebauung im Nordwesten sollen frühestens in zehn Jahren kommen. Der bayerischen Hausbau ist die Rücksicht auf die Belange und Struktur der Nachbarschaft wichtig. Städtebaulich sollen sich die Gebäude zwar an den Arabellapark anlehnen, jedoch eine moderne Architektur aufweisen. Die Architektin Frau Schluchtmann sieht in der Vollmannstraße eine Blockrandbebauung vor, in der Denninger Straße einen 4- bis 6-stöckigen, zurückversetzten und gegliederten Riegel vor. Besonders wichtig war der LH München die Ost-West-Durchwegung, die nun auch gewährleistet werden kann. Die TG-Einfahrten werden am Hofererweg (etwa 40 KFZ) und an der Denninger Straße (etwa 70 KFZ) situiert. Ein lärmgeschützter Innenhof mit Spielplatz soll entstehen. Insgesamt umfasst das Vorhaben etwa 110 bis 120 Wohnungen, davon viele für Familien. Schallschutz-, Verschattungs- und Lärmschutzgutachten wurden bereits erstellt. Die Fassaden werden skaliert, zu den Innenhöfen erfolgt eine Terrassierung der Gebäude, zu den Straßenseiten werden großzügige, verglaste Loggien gebaut. Insgesamt entstehen etwa 11.000 m² Wohnfläche, die GFZ liegt bei 1,4.

Herr Finkenzeller merkt an, dass sechs Stockwerke sehr hoch seien und fragt, ob die Bayerische Hausbau hier noch Veränderungsmöglichkeiten sieht.

Dr. Büllesbach erklärt, dass die heutige Gebäudehöhe nur zwei Meter tiefer ist und die neue Gebäudehöhe fast exakt der Firsthöhe der schräg gegenüber liegenden Wohnbebauung entspricht. Das kann aber diskutiert werden, da es noch keinen fertigen Bebauungsplan gibt.

Herr P. (Bürger) meint, dass die Bebauung keinerlei Sonne in den Innenhof lassen wird und eine Bebauung auf der Südseite eines Grundstücks Unsinn ist.

Frau Pilz-Strasser fragt, ob es Verschattungsstudien gäbe, was Dr. Büllesbach bejaht.

Herr P. (Bürger) sagt, dass das Grundstück zu klein für die Baumasse, die Bebauung zu dicht und städtebaulicher Unfug sei. Das passe nicht ins Stadtbild und verändere den Charakter des Viertels. Die Nachbarn hätten vor 30 Jahren die Reihenhäuser teuer bezahlt in der Meinung, dass nicht mehr verdichtet würde. Es komme doch kein preiswerter sozialer Wohnungsbau.

Dr. Büllesbach versichert, dass dort natürlich auch sozialer Wohnungsbau entstehe. Es gibt auch die Möglichkeit die Fassaden zu diskutieren.

Frau Pilz-Strasser meint, es sei dem BA wichtig, das Projekt kennen zu lernen. Sie möchte kein aggressives Gegeneinander. Sie findet es schade, dass es keinen Wettbewerb bei diesem Vorhaben gibt.

Dr. Büllesbach erklärt, dass das Planungsreferat keinen Wettbewerb wolle, sondern eine Diskussion in der Stadtgestaltungskommission bevorzuge. Ein Wettbewerb hätte den Nachteil, dass man in der Regel auch den Siegerentwurf akzeptieren müsse. Mit den Nachbarn wurde von Anfang an diskutiert. Danach wurde zum Beispiel ein geplanter Hochpunkt mit acht Geschossen entfernt.

Herr Otto fragt die Mitglieder des UA Planung, ob die Fragerunde beendet sei und die Diskussion zugelassen werden soll. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Herr H. (Bürger) erklärt, dass man einem Wettbewerbsteilnehmer den Zuschlag geben kann und nicht auf den ersten Platz festgelegt sei.

Dr. Büllesbach: Die Bayerische Hausbau würde aber auch einen Wettbewerb machen, wenn das gewünscht ist. Er verstehe nicht, warum die Fronten so verhärtet sind.

Herr S. (Bürger) fragt, wie hoch die Nachverdichtung sei.

Herr Otto sagt, dass die GFZ von 0,7 auf 1,4 erhöht werde, allerdings waren bei der alten Berechnung die Reihenhäuser mit im Umgriff. Daher seien die Zahlen nur bedingt vergleichbar.

Herr S. (Bürger) erklärt, dass beim Bau seines Hauses am Pachmayerplatz auch Abstandsflächen eingehalten werden mussten und fordert gleiches Recht für alle.

Herr Otto meint, dass beim Vorhaben der Bayerischen Hausbau kein § 34 des Baugesetzbuches angewandt wird, sondern ein Bebauungsplanverfahren kommt.

Dr. Büllesbach erklärt, die Planungen halten die nach der Bayerischen Bauordnung vorgeschriebenen Abstandsflächen ein.

Herr P. (Bürger): Eine GFZ von 1,45 gibt es im ganzen Viertel nicht. Das BA-Gremium dient dazu, den Bürgern das Wort zu geben. Warum werden die Bürger nicht informiert? Das demokratische Verfahren wird hier ausgehebelt.

Frau Pilz-Strasser entgegnet dem, dass der BA nicht das beschlussgebende Gremium sei, aber den Dialog fördern wolle. Es gebe noch viele Möglichkeiten darüber zu diskutieren und der Vorwurf von Herrn P. sei ungerecht.

Herr Finkenzeller schlägt vor, über das Vorhaben in den Fraktionen weiter zu diskutieren und zu einem späteren Zeitpunkt das dann gegebenenfalls auch mit der Bayerischen Hausbau und den Bürgern zu besprechen.

Dr. Büllesbach erklärt, die aktuelle Information über das Vorhaben wurde auch vorab den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt. Am Sachstand habe sich nun nichts geändert. Das Planungsreferat würde Diskussionsrunden auch moderieren.

Herr S. (Bürger) meint, die Bayerische Hausbau übersteigere das Baurecht.

Dr. Büllesbach erwidert, dass in München wegen der Wohnungsknappheit nachverdichtet werden müsse.

Herr P. (Bürger) fordert einen Bebauungsplan für die gesamte Vollmannstraße.

Herr Otto sagt, es gebe einen Bauinteressenten und das Problem fehlender Wohnungen sei nur mit dem Bau von Wohnungen zu lösen.

Frau Pilz-Strasser schließt sich dem Vorschlag von Herrn Finkenzeller an und Herr Otto erklärt, dass dies genau dem eingangs gefassten Beschluss entspreche.

Dr. Büllesbach erklärt, die Bayerische Hausbau stehe für weitere Diskussionen gerne zur Verfügung.

Herr S. (Bürger) fragt, warum Nachverdichtung überhaupt sinnvoll sei.

Dr. Büllesbach: Die Bayerische Hausbau stellt ihr Projekt vor, die Stadtplanung und deren Ziele macht die LH München.

Herr S. (Bürger) fordert nochmals für einen größeren Bereich einen Bebauungsplan, wobei ihm die anderen anwesenden fünf Bürgerinnen und Bürger zustimmen.

Herr Otto erläutert, dass aufgrund der Wohnungsknappheit Nachverdichtungen überall in München notwendig seien. Er dankt Herrn Büllesbach und den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Kommen und die Möglichkeiten, weitere Änderungen an den Planungen vorzunehmen.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme, das Thema wird im nächsten UA Planung erneut behandelt.

Hr. Otto teilt darüber hinaus mit, dass es sich im derzeitigen Stadium für den Bezirksausschuss um eine Kenntnisnahme handelt. Die inhaltlichen Befassung soll in den Fraktionen stattfinden.

Fr. Pilz-Strasser teilt mit, dass das Referat für Stadtplanung und Bauordnung die Moderation zu einem klärendem Gespräch zusammen mit Bezirksausschuss, den Nachbarn und der Bayer. Hausbau anbietet, um verstehen zu können, woher die offenbar aggressive Stimmung zu diesem Thema resultiert.

Frau H. (Bürgerin der Vollmannstraße) kommt zu Wort: Sie meint, dass nicht nur die unmittelbaren Nachbarn betroffen wären, sondern die AnwohnerInnen der ganzen Vollmannstraße. Es handle sich hier um eine „weitreichende Einengung des Gebietes“. Die Vollmannstraße habe sich immer mehr zu einer „Wohnstraße“ entwickelt. Mit dem Vorhaben werde die lockere Grünstutzung aufgegeben. Es besteht der Wunsch zu dem geplanten Gespräch eingeladen zu werden.

Hr. Finkenzeller bittet darum, die Thematik erst im übernächsten Unterausschuss Planung erneut zu behandeln (Vertagung).

- einstimmige Kenntnisnahme mit einer erneuten Behandlung in der Aprilsitzung des Unterausschusses Planung.

- 2.2.2 A Bebauungsplan mit Grünordnung, Törringstraße (südlich), Ismaninger Straße (westlich), Händlerstraße (nördlich) – ehemaliges Togonalwerk –, 1. Bericht über das Ergebnis des Planungswettbewerbs, 2. Aufstellungsbeschluss, Anhörung.

TOP 2.2.2. wurde bereits im Unterausschuss einstimmig abgesetzt, weil die Unterlagen nicht vorlagen.

- 2.2.3 Gleißbachstraße, Verkauf der städt. Grundstücke Flst. 756, 756/2 Daglfing, Anhörung Kommunalreferat (zu 2.2.13/09/11)

Herr Otto schlägt im Unterausschuss folgende Stellungnahme des BA vor:

Beschlussempfehlung:

Der BA 13 stimmt unter den in Ihrem Schreiben genannten Voraussetzungen dem Verkauf der Grundstücke Flst. 756 und 756/2 Daglfing zu, wenn für das Anwesen Gleißbachstr. 12 vertraglich vereinbart wird, dass

1. eine Zustimmung zur nach außen sichtbaren Veränderung (Hausfassade, Dach, Gartenzaun etc.) auch versagt werden kann, wenn diese Veränderung öffentlich rechtlich zulässig wäre, und
2. die Höhe der Vertragsstrafe – ggf. abgestuft – so bemessen wird, dass ein Verstoß gegen die Vertragsklauseln (einschließlich Abbruch mit Neubau unter Ausnutzung des § 34 BauGB) unwirtschaftlich wird.

Das Kommunalreferat muss als rechtlicher Vertreter der LHM in das Verfahren eingebunden bleiben und sollte die Vertragsgestaltung diesbezüglich mit der unteren Denkmalschutzbehörde abstimmen.

(Der Anhörungstext soll auch der unteren Denkmalschutzbehörde zur Kenntnis gegeben werden).

- 2.2.4 Fehlende Post- und Postbankfiliale in der Parkstadt Bogenhausen und Umgebung, Bürgerschreiben vom 07.11.11 (vertagt)

Herr Scheifele stellt den mit Herrn Finkenzeller erarbeiteten Vorschlag und die entsprechenden Karten im Unterausschuss vor:

Viele Bürgerinnen und Bürger des 13. Stadtbezirks klagen beim Bezirksausschuss 13 Bogenhausen über weite Wege zu echten Postfilialen. Beim Blick auf die entsprechenden Karten tun sich tatsächlich einige Lücken auf. Daher fasst der Bezirksausschuss 13 folgende, **Beschlussempfehlung:**

Die Deutsche Post AG wird gebeten, im 13. Stadtbezirk Bogenhausen eine Verdichtung ihres Filialnetzes zu prüfen und herbeizuführen.

Insbesondere sollten Filialstandorte

1. im Bereich der Parkstadt Bogenhausen und Weltenburgerstraße, also südlich der Engelschalkinger Straße, westlich der Ostpreußenstraße, nördlich der Eggenfeldener Straße und östlich des Mittleren Rings
2. östlich der S-8 Trasse auf dem Münchner Stadtgebiet, südlich der Brodersenstraße, vorzugsweise nahe beim neuen Daglfinger Lebensmittelmarkt
3. östlich der S-8 Trasse in der Gartenstadt Johanneskirchen und Zahnbrechersiedlung, also südlich der Aaröstraße und westlich der Glücksburger Straße
4. im Neubaugebiet Prinz-Eugen-Park an der Cosimastraße oder mindestens Verkaufspunkte gefunden und eingerichtet werden.

Die Bürgerinnen und Bürgern sollten darüber informiert werden.

- 2.2.5 Erweiterung der Abstellanlage des S-Bahn Betriebshofes München-Steinhausen (Bahn-km 2,420 – 3,673), Strecke 5603 München Ost Pbf - BW Steinhausen und Strecke 5554 München Ost Pbf – Daglfing; Planfeststellungsbeschluss; Zustimmung nach § 20 Abs. 1 Satz 1 BA-Satzung.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.2.6 Bauvorhaben Vollmannstr. 53, Fl.Nr. 388/12; Umbau/ Erweiterung und Nutzungsänderung (Fabrikhalle/ ehem. Schreinerei) zu einer Kindertageseinrichtung, Erstantrag, Anhörung.

Beschlussempfehlung: *Der BA 13 hält wie bei den vorangegangenen Anträgen die Stellplatzsituation für den Hol- und Bringverkehr der Kinder für unzureichend.*

Herr S. (Bürger der Vollmannstr.) kommt zu Wort: Man habe als Eigentümer Klage erhoben. Es gebe einen Vorbescheid, der behauptet, dass der Innenbereich nach § 34 BauGB vorliege und es sich um eine Gemengelage handle, obwohl es sich tatsächlich aber um ein reines Wohngebiet handeln würde. Das Ermessen wurde bisher nicht ausgeübt. Die Baugenehmigung weise Fehler auf. Die Stadt tue alles Mögliche, um die Kindertageseinrichtung zu realisieren. Es gehe aber um die AnwohnerInnen. Bevor die Rechtslage nicht endgültig geklärt ist, spricht man sich gegen die Kindertageseinrichtung an dieser Stelle aus. Das selbe Problem bestehe beim Bauvorhaben Hausnummer 59. Die Bauanträge zur Vollmannstraße 53 und Vollmannstraße 59 sollten daher solange zurückgestellt werden, bis über die Klagen vor dem Verwaltungsgericht München entschieden ist.

Eine weitere Bürgerin meint, dass die Stadt überhaupt kein vernünftiges und langfristiges Konzept habe. Die Umgebung des Baukörpers weise überhaupt keine Grünbereiche auf. Man habe kein Verständnis für den Umbau einer Fabrikhalle in eine Kindertageseinrichtung, da keine Lebensqualität vorhanden ist. Ein Abriss mit anschließendem Neubau wäre vernünftiger.

Hr. Otto weist darauf hin, dass der Bezirksausschuss sich zur Verkehrssituation bei beiden Bauvorhaben schon geäußert hat. Es bestehen bei der Planung Privater, welche das ihnen zustehende Baurecht ausnutzen wollen, keine direkten Einflussmöglichkeiten. Ob das Baurecht ausgenutzt werden soll, muss die Lokalbaukommission feststellen. Die Schreinerei war schon vorher da, deshalb ist das Gebiet nicht als reines Wohngebiet zu qualifizieren.

Frau Pilz-Strasser teilt mit, dass der Bezirksausschuss zu den vorgelegten Plänen Stellung nimmt, sich jedoch nicht zu anstehenden Klagen äußert. Nach Rücksprache mit der Polizeiinspektion 22 sei aus Sicht der Polizei die Parkplatzsituation für das Bauvorhaben Vollmannstr. 53 lösbar.

Hr. Brannekämper teilt mit, dass er sich als Verwaltungsbeirat der Lokalbaukommission die Pläne hat vorlegen lassen. Die Lokalbaukommission ist der Auffassung, dass die Verkehrssituation (Anlieferung und Parkierung) auf der Vollmannstr. 53 lösbar erscheint, nicht hingegen beim Bauvorhaben Vollmannstr. 59 (siehe TOP 2.2.7). „Recht und Gesetz“ müssen eingehalten werden.

Hr. Scheifele hält es für unüberlegt, wenn die CSU einer Kinderkrippe zustimmt, der anderen nicht, gleichzeitig aber behauptet wird, dass der Ausbau der Kinderbetreuung keinen Sinn macht. Es sei unverständlich, dass die CSU im Unterausschuss der Beschlussempfehlung zugestimmt habe.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** der Fraktion B'90 / Die Grünen auf fünf Minuten **Pause wird einstimmig zugestimmt.**

Der von Hr. Machatschek gestellte **Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung** – es seien neue und widersprüchliche Fakten vorgetragen wurden, die nicht innerhalb von fünf Minuten abgehandelt werden können – wird bei formaler Gegenrede der CSU-Fraktion **mit 14:19 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.**

Fr. Brändle wirft die Frage auf, inwieweit sich die Nachfragesituation nach Kindertagesstätten im 13. Stadtbezirk Bogenhausen verändert hat. Trotz der zahlenmäßigen Zunahme von Kindertagesstätten und einer inzwischen etwas höheren Chance, einen Krippenplatz zu erhalten, besteht weiterhin eine Unterversorgung im 13. Stadtbezirk. Sie schlägt deshalb folgenden **Zusatz zur Beschlussempfehlung [Änderungsantrag 1a] jeweils für die TOP 2.2.6 und 2.2.7 vor:**

„Der BA 13 hält zwei Kindertageseinrichtungen in der Vollmannstraße in unmittelbarer Nachbarschaft für unglücklich.“

Fr. Sippl schließt sich dem Vorschlag von Fr. Brändle an. Auf die Frage eines Bürgers zum nicht stattgefundenen Ortstermin (morgens zwischen 7.30 Uhr und 8.15 Uhr) teilt Fr. Sippl mit, dass man im Sommer 2011 so verblieben sei, den anhängigen Rechtsstreit mit der Lokalbaukommission zum Bauvorhaben Vollmannstr. 53 bis zum Ende abzuwarten, um dann ggf. noch zwischen den Betreibern der Kita und den Nachbarn zu vermitteln. Dies gelte ebenso für die geplante Kinderkrippe in der Vollmannstr. 59.

Hinweis zur Abstimmung: TOP 2.2.6 wird einzeln abgestimmt, nachdem die Abstimmungen zu TOP 2.2.7 beendet ist:

Der eingebrachte Änderungsvorschlag 1a wird aufgrund der Abstimmung des weitergehenden Änderungsantrages 1b unter TOP 2.2.7 [„Der BA 13 hält zwei Kindertageseinrichtungen in der Vollmannstraße in dieser unmittelbaren Nachbarschaft grundsätzlich für nicht genehmigungsfähig.“] nicht abgestimmt.

Zum Bauvorhaben Vollmannstr. 53 äußert der BA 13 sich wie folgt:

Der Beschlussempfehlung aus dem Unterausschuss zum Bauvorhaben Vollmannstr. 53 wird einstimmig zugestimmt.

- 2.2.7 Bauvorhaben Vollmannstr. 59, Fl.Nr. 386/0, Nutzungsänderung einer Bürofläche zu einer Kinderkrippe mit 5 Gruppen (Erstantrag: 6 Gruppen) – Tektur, Anhörung.

Beschlussempfehlung siehe TOP 2.2.6:

Der BA 13 hält wie bei den vorangegangenen Anträgen die Stellplatzsituation für den Hol- und Bringverkehr der Kinder für unzureichend.

Frau W. (Anwohnerin der Vollmannstr.) äußert, direkt Zielgruppe dieser Kindertagesstätte zu sein. Das Grundstück wurde vermessen und es stehen Schwarzbauten darauf, welche mit der Genehmigung zum Bauvorhaben Vollmannstr. 59 legalisiert würden. Dies wurde Herrn U. (Vertreter der Lokalbaukommission) bereits gemeldet.

Der Baukörper sei nach wie vor zu groß. Der Antragsteller liege mit seinen Abstandsflächen auf denen der Nachbarn. Das Vorhaben liege auch im Außenbereich. Außerdem werde bei der Verkehrs- und Parkplatzsituation versucht zu „trixen“. Die Eigentumsverhältnisse seien zudem überhaupt noch nicht geklärt. Zwar stehe der Eigentümer im Grundbuch fest, rechtlich jedoch sei die Situation unklar, da der Eigentümer im Antrag vermutlich nicht tatsächlich der Eigentümer sei. Man versuche das Gebäude auf Kosten der Stadt zu sanieren.

Herr K. (Bürger) äußert, selbst ein Vorkaufsrecht auf das Grundstück gehabt zu haben und dabei getäuscht worden zu sein, da das Gebäude zu einem erheblich niedrigerem Preis verkauft wurde. Daher werde weiterhin geklagt.

Hr. Brannekämper äußert, dass der Bezirksausschuss sich bereits mehrmals im Sommer 2011 mit dem Thema befasst hat. Der nicht stattgefundene Ortstermin liegt in der Entscheidung der Lokalbaukommission, der Genehmigung für den Vorbescheid Vollmannstr. 53 und der Ablehnung für das Bauvorhaben Vollmannstr. 59, begründet. Die Lokalbaukommission ist zwar Genehmigungsbehörde, möchte jedoch mit der Anhörung die Beratung durch den Bezirksausschuss. Wenn dieser wegen seiner örtlichen Kenntnisse Einwände hat, sollte dies auch so öffentlich gesagt werden. Es ist bei dieser angespannten Parkplatzsituation nicht vorstellbar, zwei neue Kindertageseinrichtungen zu genehmigen. Die Beschlussempfehlung sei daher „zu schwammig“. Er beantragt daher **[1b]: „Der BA 13 hält zwei Kindertageseinrichtungen in der Vollmannstraße in dieser unmittelbaren Nachbarschaft grundsätzlich für nicht genehmigungsfähig.“**

Die CSU ist der Meinung, dass Kindergartenplätze in Bogenhausen benötigt werden, jedoch müsse die Planung in der Praxis funktionieren. Urteile des Verwaltungsgerichtes München sagen, dass am Ende „Recht und Gesetz“ eingehalten werden muss, d.h. der Verkehr funktionieren muss, auch wenn der Bedarf an Kinderkrippen im Stadtbezirk dringend vorliegt. Mindestens die Hälfte der Mütter und Väter bringen ihre Kinder mit dem Auto. Wenn die Lokalbaukommission feststellt, dass es nahezu unmöglich ist, den ursprünglichen Bauantrag zu genehmigen, darf diese Aussage nicht einfach unberücksichtigt bleiben.

Hr. Brannekämper stellt folgenden **Änderungsantrag [2] zum Bauantrag Vollmannstr. 59: „Der BA 13 lehnt den Bauantrag Vollmannstraße 59 mit der Begründung ab, dass maximal eine Kindertagesstätte verkehrlich verträglich erscheint.“**

Hr. Machatschek schließt sich dem an. Wenn gebaut wird, werde in München nach „Recht und Ordnung“ gebaut.

Fr. Sippl merkt an, dass die Information der Lokalbaukommission über die Ablehnung des Antrages zur Vollmannstraße 59 dem Unterausschuss Soziales, Bildung, Sport bisher nicht vorlag.

Hr. Otto führt aus, dass zwar der ursprüngliche Antrag im Verfahren nicht genehmigungsfähig gewesen ist, jetzt aber eine Tektur eingereicht wurde. Dies habe mit der baulichen Situation (Freiflächen) zu tun, nicht aber mit der verkehrlichen Situation. Die Vorbehalte scheinen mit der Tektur gegenüber dem ersten Antrag ausgeräumt zu sein.

Dem von Hr. Finkenzeller gestellten **Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte** wird bei Gegenrede von Hr. Dr. Olma mit **20:11 Stimmen mehrheitlich zugestimmt**.

Abstimmung:

- Weitergehender Änderungsantrag [1b] Hr. Brannekämper zur Beschlussempfehlung (für beide Hausnummern):

„Der BA 13 hält zwei Kindertageseinrichtungen in der Vollmannstraße in dieser unmittelbaren Nachbarschaft grundsätzlich für nicht genehmigungsfähig.“

-- mit 17:16 Stimmen mehrheitlich angenommen.

- Änderungsantrag [1a] Fr. Brändle:

„Der BA 13 hält zwei Kindertageseinrichtungen in der Vollmannstraße in unmittelbarer Nachbarschaft für unglücklich.“

-- Keine Abstimmung, da weitergehender Antrag abgestimmt wurde.

- Änderungsantrag [2] Hr. Brannekämper zum Bauantrag/ Bauvorhaben Vollmannstr. 59: „Der BA 13 lehnt den Bauantrag Vollmannstraße 59 mit der Begründung ab, dass maximal eine Kindertagesstätte verkehrlich verträglich erscheint.“

-- mit 18:15 Stimmen mehrheitlich zugestimmt (Bauantrag abgelehnt).

- 2.2.8 Bauvorhaben Rennbahnstr. 35, Fl.Nr. 49/0, Erweiterung des Flohmarkts, Tektur, Anhörung.

Herr Otto erklärt, dass es sich um eine Befristung auf fünf Jahre, jedoch längstens bis zum Bau des Obi-Marktes handelt. In Zukunft soll die Standplatzgebühr beim Ausfahren der KFZ kassiert werden. Die Stand- bzw. Stellplätze unter den Bäumen sind nun weggefallen.

Herr Knott erklärt, dass 1996 einst 176 Standplätze genehmigt wurden. Zwischenzeitlich wurden alle BA-Forderungen ignoriert. Er zweifelt an der Planung sowie den Versprechen und betont die verkehrlichen Probleme. Die Stadt wird über die Zustände nicht informiert. Die Zufahrt sollte über die Riemer Straße erfolgen.

Herr Otto erläutert, dass mit dem Beschluss die formale Ordnung hergestellt würde, die dann auch überprüfbar wäre.

Beschlussempfehlung: Vertagung mit Einladung des zuständigen Sachbearbeiters der LBK.

Hr. Otto merkt an, dass der Bezirksausschuss bei der Anhörung an Fristen von einem Monat gebunden ist, deshalb müsste zumindest formal um Fristverlängerung gebeten werden.

Hr. Finkenzeller schlägt vor, bei der Vertagung zu bleiben, da es notwendig sei, dass ein Vertreter der Lokalbaukommission persönlich im Unterausschuss erscheint.

Hr. Otto weist auf Nachfrage von Hr. Knott darauf hin, dass der Bauherr den eingereichten Plänen zu entnehmen ist.

Der TOP wird mehrheitlich vertagt.

- 2.2.9 Bauvorhaben Engelschalkinger Str. 245, Fl.Nr. 535/10, Neubau eines Hotels mit Tiefgarage, Erstantrag, Anhörung.

Beschlussempfehlung: Der BA 13 erinnert an seine Stellungnahme zu dem vorangegangenen Vorbescheid und bemängelt, dass die prominente Ecksituation nicht unterstrichen wird und die Südfassade in ihrer Länge völlig ungegliedert ist.

Frau S. (Bürgerin) ist der Meinung, dass die baulichen Bedingungen nicht eingehalten wurden. Die rückwärtige Baulinie zur Waffenschmiedstraße sei weit überschritten (ca. 110 m²). Die Abstandsflächen lägen auf fremden Grundstück. Sie bittet um die Errichtung eines Gehweges, welcher nicht vorhanden ist, um ausreichend Stellplätze und um die Pflanzung von Bäumen.

Hr. Otto teilt dazu mit, dass die Planung einen Neubau mit entsprechenden Tiefgaragenstellplätzen und neuen Baumpflanzungen vorsieht. Ein Fußweg sollte daher möglich sein.

Der Beschlussempfehlung wird einstimmig zugestimmt.

- 2.2.10 Bauvorhaben Engelschalkinger Str. 148, Fl.Nr. 412/0, Neubau einer Wohnanlage mit TG, Vorbescheid, Anhörung.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme mit der Bitte an den Vorhabensträger, wieder ein Tagescafé an dieser Stelle vorzusehen.

- 2.2.11 Bauvorhaben Mauerkircherstr. 165, Fl.Nr. 758/197, Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Garagen und Carport, Vorbescheid, Anhörung.

Beschlussempfehlung: Der BA 13 lehnt das Bauvorhaben ab, weil es als einziges in einer Reihe von 1- bis 2-geschossigen Gebäuden an der Mauerkircherstraße in diesem Bereich 3-geschossig geplant ist.

- 2.2.12 Weitere Themen aus der aktuellen Tagesordnung
- / -

- 2.2.13 Verschiedenes, Termine

Nächster Unterausschuss Planung voraussichtlich am 8.3.2012

Den Beschlussempfehlungen des Unterausschusses wird en bloc (außer TOP 2.2.1 und 2.2.6 bis 2.2.9) einstimmig so zugestimmt.

2.3 Unterausschuss Verkehr Berichterstattung Hr. Tscheu

- 2.3.1 Aufstellung von Verkaufseinrichtungen auf öffentlichem Grund (Zeitungskästen), Ort der Sondernutzungen: Cosimastr. 4 und 154; Denninger Str. 219; Elektrastr. 5; Engelschalker Str. 14, 73, 74; Freischützstr. 20, 35, 57, 99; Gustav-Freytag-Str. 5; Ortlindestr. 2; Prinzregentenplatz 23; Richard-Strauss-Str. 54, 149; Steinhauser Str. 27; Titurelstr. 3; Waffenschmidstr. 2; Zaubzerstr. 39;
Beschluss des BA 13 vom 14.02.2012 (gemäß Vollmacht OB)

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- 2.3.2 Optimierung der Verkehrsführung durch ein Ampelkonzept in der Johanneskirchner Str. / Ecke Cosimastraße; BV-13-Empfehlung-Nr. 08-14 / E 011138 vom 27.10.2011; Beschluss des BA 13 vom 14.02.2012

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- 2.3.3 Lichtzeichenanlagen-Bauprogramm 2012, Kombinierte Vormerk- und Neuantragsliste für das Bauprogramm Stand 20.01.2012; Anhörung KVR vom 20.01.2012

Anmerkung des UA: Es wurde die Liste aus dem Vorjahr übernommen und um neu zu bewertende Vormerkungen ergänzt. Der BA ist gefordert, Bemerkungen zu den einzelnen Positionen nach aktuellem Bewertungsstand einzutragen:

Beschlussempfehlung:

<u>Kreuzung:</u>	<u>Punkte lt. Liste</u>	<u>BA-Bemerkungen:</u>
Ismaninger Str./ Holbeinstr.	7,0	kein Bedarf
Johanneskirchner-/ Oberföhringer Str.	7,0	derzeit kein Bedarf
Friedrich-Eckard-/ Nettelbeckstr.	neu	kein Bedarf (siehe auch TOP 2.3.11)
Richard-Strauß-/ Lisztstr. (Zaubzer)	neu	Vorschlag: Untersuchung, ob eine Mittelinsel errichtet werden kann
Denninger-/ Daphnestr.	2,0	kein Bedarf
Weltenburger-/ Elbestr.	5,0	kein Bedarf
Johanneskirchner-/ Effnerstr.	10,0	Bedarf befürwortet
Possartstr./ Galileiplatz	8,0	kein Bedarf

Hr. Machatschek fügt hinzu, dass die Liste jedes Jahr aktuell ist, es wird jedes Jahr eine Stellungnahme gefordert.

Der Beschlussempfehlung wird einstimmig zugestimmt.

- 2.3.4 Cosimastr. (Cosimabad), Standort für Wertstoffsammelstelle (3x Glas-, 1x Kunststoff-, 1x Dosen- Container); Anhörung AWM vom 20.01.2012

Beschlussempfehlung:

Zustimmung, wenn die Container im Boden versenkt werden (analog Messestadt Riem).

- 2.3.5 Stuntzstraße: Rückverlegung der derzeitigen Wertstoffsammelstelle "Stuntz-/ Walpurgisstraße" zum früher beschlossenen Standort „Stuntz-/ Franz-Fischer-Straße“; Bürgerantrag vom 15.01.2012

Beschlussempfehlung:

Zustimmung, wenn die Container im Boden versenkt werden (analog Messestadt Riem).

- 2.3.6 Cosimastraße, grüne Welle, Ampelschaltungen bei 50 km/h; Bürgerschreiben vom 18.10. und 16.12.2011 (vertagt aus 01/12)

Aus Sicht des BA besteht aktuell kein Handlungsbedarf; es sind weitere Beobachtungen notwendig.

Beschlussempfehlung: Vertagung.

- 2.3.7 Cosimastraße / Evastraße: Lärmmessung wegen der Trambahn St. Emmeram an der Haltestelle Schlösselgarten um 21 Uhr; Bürgerantrag vom 30.01.2012

Der BA betrachtet die private Lärmmessung (siehe 2.3.8) als unzulässig und beantragt daher eine professionelle Lärmmessung durch die Stadt München.

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- 2.3.8 Cosimastraße / Ecke Küfnerstraße: Lärmmessungen und Lärmschutz wegen der Trambahn St. Emmeram; Bürgerschreiben vom 30.01.2012

Der BA betrachtet die private Lärmmessung als unzulässig und beantragt daher eine professionelle Lärmmessung durch die Stadt München.

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- 2.3.9 Wahnfriedallee / Cosimastraße: Installation eines Grünpfeilschildes zum Rechtsabbiegen bzw. Anpassung der Ampelschaltung; Bürgerantrag vom 25.01.2012

Nach Mitteilung von Herrn Schneid (PI 22) bekam die Bürgerin bereits eine Rückantwort durch das KVR; der BA wurde von der Bürgerin über deren Antrag per E-Mail in Kenntnis gesetzt (sog. „cc“).

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.3.10 Befestigter städtischer Gehweg, Fl.St. 485/0, Gemarkung Oberföhring (östlich Wendepplatz Regina-Ullmann-Straße); Bürgerantrag vom 20.12.2011

Die derzeitigen Witterungsverhältnisse lassen aktuell keine Bewertung durch den BA zu. **Beschlussempfehlung:** Vertagung.

- 2.3.11 Friedrich-Eckart-Straße / Nettelbeckstraße: Ersatz des Zebrastreifens durch eine Ampel; Bürgerschreiben vom 18.01.2012

Der BA hat sich zu diesem Thema bereits in seiner Sitzung vom Dezember 2011 (TOP 2.3.6/12/11) geäußert und die Notwendigkeit verneint. Siehe auch TOP 2.3.3.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.3.12 An der Schanze: Steine an der Einmündung zur Pernerkrepppe entfernen und die Gasse befahrbar machen; Winterdienst; Bürgerantrag vom 20.12.2011

Beschlussempfehlung:

Der BA spricht sich gegen die Entfernung der seit Jahrzehnten liegenden Steine an der Einmündung aus.

Wegen der (Schnee-)Räumung im Winter wird der Bürgerantrag zur Erledigung an den Straßenunterhalt weitergeleitet. Dort sind auch die Eigentumsverhältnisse wg. der Verkehrssicherungspflicht zu klären.

- 2.3.13 Protokoll Verkehrsworkshop vom 29.11.2011 zum Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2016 (Ehemalige Prinz-Eugen-Kaserne), zur Kenntnis.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.3.14 Geländer Tramhaltestelle Cosimabad, Bürgerschreiben vom 12.01.12, zur Kenntnis.

Siehe TOP 6.1 (2.3.16) aus der Tagesordnung (Antwortschreiben); siehe TOP 2.3.1.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.3.15 Ampelanlagen entlang Tram St. Emmeram, Antwort der Stadtwerke auf Bürgerschreiben vom 03.01.2012, zur Kenntnis.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

- 2.3.16 Weitere Themen aus der aktuellen Tagesordnung

TOP 6.1. [Schulwegsicherheit Cosimabad]:

Beschlussempfehlung:

Siehe Antwortschreiben der Stadt München. Das Thema ist noch nicht abgeschlossen. Der BA 13 fordert eine erneute Begehung mit allen Beteiligten (Antragsteller, Elternbeirat, PI 22, UA-Verkehr, KVR), um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

TOP 6.3. [Überdachung Treppenauf-/abgang Arabellapark]:

Beschlussempfehlung:

Im Schreiben der SWM wurde erneut weder auf die Argumente des Bezirksausschusses noch auf die geänderte verkehrliche Situation eingegangen. Der BA ist mit der Beantwortung sehr unzufrieden und möchte den zuständigen Mitarbeiter der SWM in den nächsten UA Verkehr einladen, um die Argumente besprechen zu können.

TOP 6.4. [Buslinie 187]:

Beschlussempfehlung:

Der BA ist mit der Beantwortung sehr unzufrieden und fordert deshalb einen Kostenplan der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) ein. Ferner sollen von der MVG weitere Konzepte ausgearbeitet werden. Die Buslinie 187 stellt aus BA-Sicht eine wichtige öffentliche Verkehrsanbindung zur Grundschule an der Oberföhringer Straße dar. Über das Referat für Bildung und Sport soll daher die Anzahl der lt. Schulsprengel betroffenen Kinder ermittelt werden.

Ferner stellt eine Verlängerung der Buslinie 187 eine Verbindung sowohl zu den Apotheken und Ärzten in der Oberföhringer Straße und zum Anschluss nach Unterföhring dar.

TOP 6.5. [S-Bahnhof Johanneskirchen, Behindertengerechter Zugang und Instandhaltung]:

Hr. Knott beanstandet das UA-Protokoll. Er habe im Unterausschuss gefordert, dass die Deutsche Bahn AG den Bezirksausschuss über den Termin der Außenkontrolle/ Ortsbegehung verständigt. Hr. Scheifele stimmt dem zu und regt an, dass der Sozialverband VdK - Kreisverband München zur Ortsbegehung hinzugezogen wird. Insoweit sollte die Deutsche Bahn AG „in die Pflicht“ genommen werden.

- der Forderung über die Terminweitergabe und der Anregung den VdK hinzuzuziehen wird einstimmig zugestimmt.

2.3.17 Verschiedenes, Termine

- Pendlerabzocke (an den Parkautomaten) am S-Bahnhof Johanneskirchen sofort einstellen!, Dringlichkeitsantrag SPD-Fraktion; Bürgerschreiben vom 08.02.2012

Da die Deutsche Bahn plötzlich Parkgebühren am S-Bahnhof Johanneskirchen erhebt, wird folgender **Antrag** gestellt:

Der Bezirksausschuss 13 Bogenhausen fordert die Deutsche Bahn AG auf, die Erhebung von Parkgebühren auf ihren Flächen am S-Bahnhof Johanneskirchen umgehend einzustellen und diese Maßnahme bis zu einer einvernehmlichen Abstimmung mit der Landeshauptstadt München dem Bezirksausschuss 13 Bogenhausen sowie der P+R Park & Ride GmbH München auszusetzen.

Begründung

Seit kurzem werden am S-Bahnhof Johanneskirchen seitens der Deutschen Bahn AG auf ihren Flächen Parkgebühren von 1 Euro pro Stunde bis 5 Euro für den ganzen Tag mittels eines Unternehmens aus Erlangen erhoben. Weder der Bezirksausschuss 13 Bogenhausen noch die Landeshauptstadt München noch die P+R Park & Ride GmbH München wurden laut dem Münchner Kreisverwaltungsreferat darüber informiert.

Der S-Bahnhof Johanneskirchen wird von zahlreichen Pendlerinnen und Pendlern aus dem Münchner Nordosten angefahren, die beispielsweise am Flughafen arbeiten. Tägliche Gebühren von 5 Euro summieren sich so im Monat (bei 22 Arbeitstagen) auf 110 Euro. Aber auch für andere S-Bahn-Benutzer/innen wird der Einstieg in Johanneskirchen zum teuren Vergnügen. Das führt in kürzester Zeit zu Verdrängungseffekten beim Parkverkehr in die umliegenden Straßen und belastet dort die Anwohnerinnen und Anwohner. Anstatt den S-Bahnhof Johanneskirchen endlich vernünftig und barrierefrei herzustellen, werden hier überzogene Parkgebühren erhoben. Dass diese Haltestelle ein wichtiger Ein-, Ausstiegs- und Knotenpunkt ist, muss auch der Deutschen Bahn bewusst sein. Zwar mag die Deutsche Bahn AG ein Unternehmen sein, dass auch Geld verdienen muss, allerdings ist die Cash Cow Münchner S-Bahn durchaus einträglich. Umso schlimmer ist es, dass sich das Unternehmen über Jahrzehnte hinweg nicht seiner Verantwortung für seine Anlagen und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der direkten Anwohnerinnen und Anwohner bewusst ist und es noch nicht mal für nötig hält, die Landeshauptstadt zu informieren.

Darüber hinaus ist es wohl eine bodenlose Frechheit der Deutschen Bahn AG, sich beschwerenden Bürgerinnen und Bürgern mitzuteilen, die Gemeinde sei dafür verantwortlich.

Hr. Scheifele teilt außerdem mit, dass die Automaten wohl tatsächlich ohne Vorankündigung aufgestellt wurden. Es gab dazu bereits im Jahr 2000 einen entsprechenden Antrag vom Bezirksausschuss (Antrags-Nr. 4756 vom 11.04.2000). Es scheint so, dass die Deutsche Bahn für die Bewirtschaftung eine Firma beauftragt hat.

Hr. Brannekämper fügt hinzu, dass die CSU-Fraktion den Antrag inhaltlich vollkommen mitträgt. Die Landeshauptstadt München scheint nicht in der Lage zu sein, die Park- & Ride-Situation (P+R) zu verbessern. Planungsreferat und Kommunalreferat sollten mit den Gesellschaften der Deutschen Bahn Gruppe die Grundstücksüberlassungen zur Herstellung der P+R-Anlagen in Johanneskirchen, Daglfing und Engelschalking verhandeln. Die P+R Park & Ride GmbH München hat der Deutschen Bahn die Fläche am S-Bahnhof abgekauft und dann festgestellt, dass die Zufahrt zum Grundstück zu klein ist, um das Grundstück als P+R-Anlage nutzen zu können. Selbst 1 Euro Gebühr an den P+R-Parkplätzen sei zu viel, da die Nutzer des ÖPNV hier auf die Seitenstraßen zum Parken ausweichen. Es ist daher wünschenswert, wenn die Stadt ihren Beitrag zu P+R-Situation erfüllen könnte. Die Deutsche Bahn nutzt ihr Grundstück ohne rechtliche Grundlage als P+R-Anlage. Die städtische Baugenehmigungsbehörde müsse daher aufgefordert werden, diesen Maßnahmen entgegenzuwirken.

Hr. Nagel gibt zu bedenken, dass die Flughafen S-Bahn mit deutlich unter 100 Fahrgästen pro Tag von den P+R-Parkplätzen genutzt werde. Denjenigen, die tatsächlich mit schweren Gepäck zur S-Bahn in Richtung Flughafen fahren, würde ohne eine Bewirtschaftung der Parkmöglichkeiten tatsächlich kein Parkplatz zur Verfügung stehen. DaCG setzt sich möglichst für die Nutzung des ÖPNV ein, daher sollten Busse zur S-Bahn fahren. Park- & Ride sei daher „unsinnig“, wenn nur etwa 50 Parkplätze vorhanden sind. Für das „teure Gut“ Parkplatz wäre dann eine Bewirtschaftung i.H.v. 5 Euro nicht zu viel. Die Interessen der Autofahrer vertrete im Übrigen der ADAC.

Fr. Schneider äußert ihr Unverständnis gegenüber den zahlungspflichtigen, nicht ausgebauten Parkmöglichkeiten in Daglfing und Engelschalking. Hr. Tscheu ist der Meinung, dass auch in Daglfing P+R-Anlagen eingerichtet werden müssen und bittet dem Antrag zuzustimmen.

Fr. Pilz-Strasser macht nochmals darauf aufmerksam, dass diese Bewirtschaftung der Parkmöglichkeiten dazu führen wird, dass die PKW auf die umliegende Straßen ausweichen werden. Dieser Zustand könne nicht im Interesse des Bezirksausschusses und der Bürgerinnen und Bürger sein.

Hr. Krönauer wirft die Frage auf, inwieweit der Bezirksausschuss eine Einwirkungsmöglichkeit gegenüber der Deutschen Bahn AG hat, gegen die „Abzocke“ vorzugehen. Da der Bezirksausschuss hier nichts erreichen könne, sei der Antrag lediglich ein „Schau-fensterantrag“. Hr. Krönauer spricht sich mehr für einen behindertengerechten Ausbau der S-Bahnhöfe aus und versteht die Gebühr i.H.v. 5 Euro nicht als Abzocke, wenn die ArbeitnehmerInnen eine Entfernungspauschale i.H.v. 0,30 Euro pro km steuerlich gelten machen können.

Der von Fr. Sippl gestellte **Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte** wird **mehrheitlich abgelehnt**. Der darauf hin gestellte **Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Redeliste** wird **einstimmig so angenommen**.

Hr. Menzel bestätigt die in der Sache steuerliche Absetzbarkeit der Entfernungspauschale, spricht sich jedoch dafür aus, die Deutsche Bahn nicht nur zu „rügen“, sondern fordert diesen „Acker“ bzw. das Parkareal kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich so angenommen.

Hr. Reznik teilt in einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung mit, dass der Antrag nicht als alleiniger Antrag der SPD-Fraktion verstanden werden sollte, da die CSU-Fraktion im Unterausschuss gemeinsam mitberaten und entsprechend abgestimmt hat. Hr. Scheifele fügt hinzu, dass es sich diesbezüglich um ein „Büroversehen“ handelt.

- Nächster Termin UA Verkehr: 06.03.2012 – 19:30 Uhr

Den Beschlussempfehlungen des Unterausschusses wird en bloc (außer) einstimmig so zugestimmt.

2.4	Unterausschuss Umwelt, Gesundheit	Berichterstattung Fr. Stengel
2.4.1	Baumfällungen (Anhörungen)	
2.4.1.1	Arabellastr. 10	lt. Plan Zustimmung Ersatz lt. Plan
2.4.1.2	Effnerstr., Fl.Nr. 457/0	lt. Plan Zustimmung Ersatz lt. Plan
2.4.1.3	Rudliebstr. 25	1 Douglasie Zustimmung Ersatz 1 Laub
2.4.1.4	Friedrich-Eckart-Straße 3	4 Bäume Zustimmung Ersatz 2 Laub
2.4.1.5	Pienzenauerstr. 59	1 Tanne Zustimmung Ersatz 1 Laub
2.4.1.6	Musenbergr. 30	lt. Plan Zustimmung Ersatz lt. Plan
2.4.1.7	Delpstr. 2	1 Pappel Zustimmung Ersatz 1 Kiefer
2.4.1.8	Feuersteinstr. 2	lt. Plan Zustimmung Ersatz 3 Laub
2.4.1.9	Normannenstr. 2	lt. Plan Zustimmung Ersatz lt. Plan
2.4.1.10	Saalestr. 1	1 Blautanne Zustimmung Ohne Ersatz
2.4.1.11	Engschalkinger Str. 245	lt. Plan Zustimmung Ersatz, lt. Plan
2.4.1.12	Vollmannstr. 53	lt. Plan Zustimmung
2.4.1.13	Effnerstr. 122	lt. Plan Zustimmung, Ersatz wenn möglich
2.4.1.14	Gotthelfstr. 14	1 Walnussbaum Zustimmung, Ersatz 1 Laub
2.4.2	Baumfällungen (Unterrichtungen)	
2.4.2.1	Max-Nadler-Str. 19	1 Fichte
2.4.2.2	Thomas-Mann-Allee/ Isarring	1 Pappel (Gefahrenbaum)
2.4.2.3	Vilshofenerstr. gegenüber Nr. 10	1 Ahorn (Gefahrenbaum)
2.4.2.4	Pienzenauerstr. 21	1 Linde (Gefahrenbaum)
2.4.2.5	Gnesener Str. 14	2 Fichten
2.4.2.6	Gustav-Freytag-Str. 1 - 1a	1 Baum
2.4.2.7	Rudliebstr. 20	1 Buche
2.4.2.8	Röntgenstr. geg. Keplerstr.	1 Linde (Gefahrenbaum)
2.4.2.9	Röntgenstr. geg. Nr. 2	1 Linde
2.4.2.10	Höslstr. 1	1 Akazie (dreistämmig)
2.4.2.11	Adalbert-Stifter-Str. 25	2 serbische Fichten
2.4.2.12	Elektrastr. 17	1 Schwarzkiefer
		- einstimmig zur Kenntnis.
2.4.3	Weitere Themen aus der aktuellen Tagesordnung	
	TOP 10.1 Nichtöffentlicher Sitzungsteil:	
	Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.	
2.4.4	Verschiedenes, Termine	
	- Überarbeitung der Baumschutzverordnung:	
	Am Anfang der Sitzung wird aus Anlass einer Pressemeldung im Münchner Merkur über die Überarbeitung der Baumschutzverordnung kurz diskutiert. Insbesondere über die im Stadtrat beantragten Veränderungen bei Fichten und möglichen Änderungen beim Stammumfang.	
	Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.	
	- Einhaltung der Streu- und Räumpflicht (aus aktuellem Anlass):	
	Da auf vielen Geh- und Radwegen teilweise schlecht oder gar nicht geräumt und gestreut wird, bittet der UA Umwelt und Gesundheit die BA-Vorsitzende, ein Schreiben an die zuständigen Stellen zu senden, damit durch Kontrollen und nötigenfalls Aufforderungen an die jeweils zuständigen Firmen oder Privatpersonen dafür zu sorgen, dass diese ihren Verpflichtungen auch nachkommen.	
	Beschlussempfehlung: Zustimmung.	

- Termin nächste Sitzung: 12.03.2012, 18.00 Uhr in der Gaststätte Caruso, Fritz-Meyer-Weg 55

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

Den Beschlussempfehlungen des Unterausschusses wird en bloc einstimmig so zugestimmt.

2.5 Unterausschuss Haushalt, Satzung - / -
- hat nicht getagt -

2.6 Unterausschuss Soziales, Bildung, Sport Berichterstattung Fr. Sippl
2.6.1 Nutzung des Grundstückes des ab 31.07.2011 ehemals städtischen Kindergartens Rößler Straße 3 für die Kinder- und Jugendarbeit; BA-13-Antrags-Nr. 08-14 / B 02808; Vorstellung einer Nutzung durch VertreterInnen des Kreisjungendrings München-Stadt (KJR)

Die VertreterInnen des KJR kennen das Gebäude und stellen einige Jugendgruppen vor, für die sich die Räumlichkeiten eignen würden. Da der KJR als Arbeitsgemeinschaft der Münchner Jugendverbände lediglich mit 2,5 Stellen besetzt sei, könnte er bei der Überlassung und Verwaltung der Räumlichkeiten eine koordinierende Rolle übernehmen, jedoch keine Verantwortung für das Haus tragen.

Vorstellen könnten sie sich auch eine gemischte Belegung mit einer Gruppe, die vor Ort Verantwortung trägt und die Räumlichkeiten tagsüber nutzt, da die Nutzung durch Jugendgruppen sich auf den Abend und aufs Wochenende konzentriert.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau L. und Herrn W. für Ihr Kommen und erklärt, dass der BA noch nach weiteren Optionen Ausschau halte.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

2.6.2 Korrektur des Kataloges der Fälle der Entscheidung, Anhörung und Unterrichtung der Bezirksausschüsse (Anlage 1 der BA-Satzung) bzgl. der Belange der Kinderbetreuung; Präzisierung des Antrags vom 10.01.2012

Antrag

Der Bezirksausschuss 13 Bogenhausen bittet die Landeshauptstadt München, die Satzung entsprechend der neuen Zuständigkeiten der Referate dahingehend zu korrigieren, dass der Bezirksausschuss für die Belange der Kinderbetreuung weiterhin sein Anhörungsrecht wahrnehmen kann.

Begründung:

Die Kinderbetreuung ist aus der Zuständigkeit des Sozialreferats in die des Referats für Bildung und Sport verlegt worden. Der Katalog der Fälle der Entscheidung, Anhörung und Unterrichtung der Bezirksausschüsse (Anlage 1 der BA-Satzung) wurde aber nicht den neuen Zuständigkeiten angepasst.

Beschlussempfehlung: Zustimmung zum Antrag.

2.6.3 Themensammlung für die Besprechung im Referat für Bildung und Sport (RBS): „Das Referat für Bildung und Sport trifft die Bezirksausschüsse“; die BAs 13–15 am 14.03.2012, 16.00 -18.00 Uhr, Raum 5.074, Bayerstr. 28

- Welche Schritte übernimmt das Referat, um an Schulen, die noch keinen **Ganztageszug** haben, einen einzuführen?

- Wann steht aus der Liste von städtischen **Sportstätten** die **Sanierung** einer Sportstätte im 13. Stadtbezirk an (z.B. Rot – Weiß - Oberföhring)?

- Welche Schritte werden derzeit unternommen, um genügend Plätze auf **weiterführenden Schulen** für die neu zugezogenen Schüler (Neubaugebiete z.B. Prinz-Eugen-Park bzw. Verdichtung) zu schaffen? Der Ausbau des Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums ist bei weitem nicht ausreichend (Neubau Unterföhring?)
- **Stuntzschule**: Wann wird das marode Schwimmbad in nutzbare Räumlichkeiten umgebaut?
- **Fritz-Lutz-Schule**: Gibt es Wartezeiten bei der Ganztagsbetreuung der Schulkinder?
- Bauvorhaben an der **Denninger Straße/ Friedrich-Eckhart-Straße**: Könnte der **geplante Hort** wegen des für Kinder gefährlichen Wegs von der Fritz-Lutz-Schule über die dicht befahrene Friedrich-Eckhart-Straße noch umgeplant werden?
- **Englschalkinger Straße 225-229**: Ist in diesem Bereich noch **Bedarf an Kinderbetreuung** vorhanden? Die Bauherren würden eine soziale Einrichtung in ihrer Planung berücksichtigen.
- **Kommunikation** mit dem Bezirksausschuss.

Beschlussempfehlung:

Kenntnisnahme und Weitergabe an das Referat für Bildung und Sport.

- 2.6.4 Bauvorhaben Vollmannstr. 53, Fl.Nr. 388/12; Umbau/ Erweiterung und Nutzungsänderung zu einer Kindertageseinrichtung, Erstantrag, Anhörung (vgl. 2.2.6)

Herr Frank Otto, MdBA, legt dem UA die Planung vor.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

Der TOP wurde unter 2.2.6 diskutiert und abgestimmt.

- 2.6.5 Bauvorhaben Vollmannstr. 59, Fl.Nr. 386/0, Nutzungsänderung einer Bürofläche zu einer Kinderkrippe mit 5 Gruppen (Erstantrag: 6 Gruppen) – Tektur, Anhörung (vgl. 2.2.7)

Herr Frank Otto, MdBA, legt dem UA die Planung vor.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

Herr W. (Bürger) äußert, dass der Bezirksausschuss bezüglich des Bauvorhabens in der Vollmannstraße den Eindruck hinterlasse, dass einzelne Mitglieder nicht informiert sind, die tatsächliche Sachlage und die Kosten für einen Krippenplatz nicht kennen würden. Hr. Weigel verwehrt sich der Aussage des Bürgers, sich vor einer Abstimmung nicht ausreichend zu informieren. Es sei unfair und ohne Wertschätzung der Arbeit der Mitglieder in den Unterausschüssen und im Vollgremium, welche sich tatsächlich durch eine Fülle von Unterlagen arbeiten.

Der TOP wurde unter 2.2.7 diskutiert und abgestimmt.

- 2.6.6 Weitere Themen aus der aktuellen Tagesordnung

TOP 2.7.4:

Bürgerschaftliche, stadtteilkulturelle Einrichtung im 13. Stadtbezirk auf dem ehemaligen Gelände des Prinz-Eugen-Kaserne; Anhörung Kulturreferat vom 12.01.2012:

Frau Sippl weist im Unterausschuss darauf hin, dass die Idee, Synergien mit anderen öffentlichen Gebäuden zu nutzen und der Antrag dazu aus dem UA Soziales Bildung, Sport kam und zwar genau in der Februarsitzung 2009.

StadträtInnen haben diesen Wunsch aufgegriffen und im März 2009 in den Kulturausschuss als Änderungsantrag zu einem in der Bürgerversammlung gestellten Antrag nach einem Kulturbürgerhaus eingebracht.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

2.6.7 Verschiedenes, Termine

- Der UA wird je nach TOP für 18:00 oder 18:30 Uhr eingeladen.

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- Nächster Sitzungstermin ist bei Bedarf der 06.03.2012.

Den Beschlussempfehlungen des Unterausschusses wird en bloc einstimmig so zugestimmt.

2.7 Unterausschuss Kultur, Projekte Berichterstattung Hr. Hirsch

2.7.1 Kulturfaltplan: 2. Quartal 2012, Stand der Bearbeitung

Ein erster Korrekturabzug wird in der 7. KW vorliegen. Anstelle des Editorial wird eine Vorankündigung des Programms der Kulturtage im 13er, 6. - 8. Juli 2012, abgedruckt sein.

Beschlussempfehlung: Kenntnisnahme.

2.7.2 Kulturtage im 13er, (jährlich): 1. vorläufiges Programm, 2. weiteres Vorgehen

Frau Schneider und Herr Krack berichten über mehr als 20 Künstler, die sich einbringen wollen. Über eine Auswahl, über die Zuweisung zu den verschiedenen, möglichen Veranstaltungsorten und Lokalitäten, über BA - initiierte Veranstaltungen, über diverse Werbemaßnahmen, sowie über genaue Kostenpositionen (Antrag an das Kulturreferat) wird die Arbeitsgruppe (AG) in Kürze beraten und entscheiden. Die Frage nach einem Schirmherrn wurde zur Beratung in den BA-Vorstand verwiesen. Herr Hirsch wird einen Antrag formulieren, den unsere Vorsitzende, Angelika Pilz-Strasser, an das Kulturreferat richten wird, um in die Warteschleife (wahrscheinlich bis 2016) aufgenommen zu werden, für jene BA's, für die das Referat Kulturtage organisiert.

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

Hr. Hirsch gibt weitere Informationen bekannt:

In den Stadtteilzeitungen sind Aufrufe zur Beteiligung an den 13er-Kulturtagen gestanden. Es haben sich über 40 Veranstalter gemeldet. Veranstaltungsorte gibt es bisher vier: Ökologisches Bildungszentrum (ÖBZ - Engelschalkinger Str. 166), Pfarrsaal St. Joh. Von Capistran (Gothelfstraße 3), Pfarrsaal St. Lorenz (Muspilistraße 31) und das Cosimabad (Cosimastraße 5). Für die Öffentlichkeitsarbeit (Verteilung der Programme) werden ebenso dringend Helfer aus dem Bezirksausschuss wie für Café und Kuchen in den Pfarrsälen gesucht. Die Vorankündigung des Programms wird im zweiten Quartal ausgedruckt sein. Die Eröffnung soll in der Cafeteria im Effnerheim mit anschließenden Kabarett am Freitag, den 6. Juli um 18 Uhr stattfinden.

Fragen zum Prozedere und Rückmeldung für Helfer sind per E-Mail an Hr. Hirsch zu richten. Der Textvorschlag an das Kulturreferat für zukünftige Kulturtage werde von Hr. Hirsch demnächst vorgelegt.

2.7.3 Bogenhausener Kulturpreis – grundsätzliche Überlegungen

Die SPD legt hierzu einen Antrag vor. Hirsch schlägt vor, sich zunächst grundsätzlich in den Fraktionen zu beraten.

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

Antrag:

Der Bezirksausschuss 13 Bogenhausen stiftet einen Kulturpreis, der an Persönlichkeiten, Ensembles oder Institutionen verliehen wird, die sich in besonderer Weise um das kulturelle, soziale und/ oder künstlerische Leben für den 13. Stadtbezirk verdient gemacht haben.

Der UA Kultur / Projekte erarbeitet eine Beschlussvorlage, damit bei den diesjährigen Kulturtagen erstmals Preise verliehen werden können. Die Vorlage sollte enthalten: Namensvorschläge, Vergaberhythmus, Preisgestaltung, Dotierung, Regelung des Vorschlagsrechts, Anzahl der Preisträgerinnen und Preisträger, Zusammensetzung der Jury, Modalitäten wie Preisverleihung.

Begründung:

Der BA 13 hat in den letzten Jahren sein kulturelles Wirken gestärkt. Das Kulturhaus ist auf einem guten Weg. Der BA 13 sollte das kulturelle, soziale und/ oder künstlerische Leben im 13. Stadtbezirk beachten und fördern. Dies könnte mit der Installierung eines Preises in geeigneter Weise geschehen.

Hr. Scheifele weist darauf hin, dass der Antrag nochmals in den Fraktionen beraten werden soll.

Dem Antrag wird bezüglich der Konzeption zukünftiger Jahre einstimmig so zugestimmt (vgl. Abstimmung unter TOP 2.1.7.3).

- 2.7.4 Bürgerschaftliche, stadtteilkulturelle Einrichtung im 13. Stadtbezirk, auf dem ehemaligen Gelände der Prinz-Eugen-Kaserne; Anhörung Kulturreferat vom 12.01.2012; Beschlussvorlage des Kulturausschusses (StR) zum 15.03.2012
- Genehmigung des Nutzerbedarfsprogramms
 - Schaffung von Räumlichkeiten für Kultur und bürgerschaftliche Nutzung im Baugebiet der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne; „13er Kulturzentrum“; BA-13-Antrags-Nr. 08-14 / B 02611 vom 14.12.2010 (zu TOP 2.1.1/12/10)

Einhellige Akzeptanz (vgl. auch TOP 2.6.6).

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- 2.7.5 Kulturgeschichtspfad Bogenhausen

Wir wollen konzeptionell eingebunden sein (siehe auch Beschluss vom 07.04.10).

Beschlussempfehlung: Zustimmung.

- 2.7.6 Weitere Themen aus der aktuellen Tagesordnung

- / -

- 2.7.7 Verschiedenes, Termine

Nächster UA Termin: Mittwoch, 07. März 2012 um 18:15 Uhr.

Den Beschlussempfehlungen des Unterausschusses wird en bloc (außer 2.7.3) einstimmig so zugestimmt.

3 Bürgeranträge (ohne Vorberatung)

- 3.1 Verkehrssituation an der Neuberghauser Straße Ecke Möhlstraße; Antrag CSU-Fraktion

Antrag:

„Der Bezirksausschuss möge beschließen: Das Planungsreferat der Landeshauptstadt München wird aufgefordert, die beantragte Baugenehmigung zur Umsetzung des Anwesens des Pallottiner Ordens in der Möhlstraße 43 solange zurückzustellen, bis ein Verkehrskonzept für die Erschließung erarbeitet und umgesetzt ist und gemeinsam mit dem KVR und den Antragstellern ein gemeinsames Konzept erarbeiten und umsetzen.“

Hr. Finkenzeller erläutert den Antrag. Nach Rücksprache mit der Polizeiinspektion 22 und dem Kreisverwaltungsreferat müsse das Problem des erheblichen Verkehrsaufkommens im Kreuzungsbereich Möhlstraße / Neuberghauser Straße, der sich zu einem Verkehrsbrennpunkt entwickelt hat, angegangen werden.

Hr. Hirsch teilt mit, dass die Problematik bereits bearbeitet worden sei. Bei einem Ortstermin im Januar 2011 (7.30 - 8.30 Uhr) wurde festgestellt, dass sich die Verkehrssituation verbessert hat. Die Kritik und Hinweise über die Rektorin der Phorms-Privatschule an der Maria-Theresia-Straße 3 haben offenbar geholfen, die Verkehrsproblematik zu entzerren.

Hr. Otto erinnert daran, dass der Bezirksausschuss im UA Planung im Dezember damit befasst war [TOP 2.2.7/12/11: Bauvorhaben Möhlstr. 43, Nutzungsänderung EG, OG + UG (Studienwohnheim) in Kindergarten und –krippe.]. Dabei wurde festgestellt, dass die Zufahrtsmöglichkeiten auf dem eigenen Grundstück vorhanden sind und ermöglicht werden können. Der BA hat das Bauvorhaben damals ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Nach den Erkenntnissen der Ortstermine sei die problematische Stelle nicht diejenige an der Neuberghauser Straße, sondern diejenige direkt bei der Phorms-Schule.

Hr. Scheifele äußert Bedenken, die Planung zurückzustellen. Daher könnte, um die Planung nicht zu behindern, für den Bereich separat ein Verkehrskonzept erstellt werden. Frau Pilz-Strasser teilt ebenso mit, dass die Planungen bekanntlich sehr lange dauern. Nach Rücksprache mit Hr. Schneid (PI 22) gebe es seit zwei Wochen ein Experiment, wonach die Kinder der Phorm-Schule von den Lehrerinnen und Lehrern „abgeholt“ werden. Es sollten daher erst die Erfahrungen des Experimentes abgewartet und die Planungen nicht behindert werden.

Hr. Brannekämper unterstützt den Vorschlag eines von der Planung unabhängigen Verkehrskonzeptes grundsätzlich. Allerdings würde es hier an einem geeignetem Druckmittel und der Motivation der Beteiligten fehlen. Man habe bei Terminen mit dem Kreisverwaltungsreferat den Eindruck, dass die in Aussicht gestellte Hol- und Bringzone an der Maria-Theresia-Straße für nicht dringend notwendig angesehen wird. Es sei jedoch eine weitgehend abmarkierte Zone für die PKW erforderlich, da die Phorms-Schule bis zur Umsetzung des Bauverfahrens ihre Schülerinnen und Schüler aufnehmen können muss. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Baugenehmigung erteilt werden kann, bedarf es der Ausarbeitung eines umsetzungsfähigen Verkehrskonzeptes mit den beteiligten Referaten. Fr. Bormann schließt sich dem an.

Hr. Tscheu erinnert ebenso an die stattgefundenen Ortstermine an der Maria-Theresia-Straße. Die PI 22 habe zu erkennen gegeben, dass die bisher von der Phorm-Schule in Angriff genommene Lösung zur Anlieferung der SchülerInnen gut funktioniere und mitgetragen werde. Dem von Herrn Tscheu gestellten **Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages in den UA Verkehr** – die Thematik war langwieriges Thema im Unterausschuss – wird **einstimmig zugestimmt**.

- | | | |
|-----|---|---------------------|
| 4 | Entscheidungsfälle (ohne Vorberatung) | siehe 2.3.1 + 2.3.2 |
| 5 | Anhörungen (ohne Vorberatung)
- / - | |
| 6 | Erledigung von Beschlüssen | |
| 6.1 | Schulwegsicherheit an der Haltestelle Cosimabad der Linien 16/18 für SchülerInnen des Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums; Antwort KVR vom 24.01.2012 (zu TOP 2.3.4/01/12)
- siehe TOP 2.3.16. | |
| 6.2 | Treppenzugänge S-Bahnhof Johanneskirchen, „Übergangslösung“, Ausbau der Treppenzugänge für Menschen mit Mobilitätseinschränkung; BA-13-Antrags-Nr. 08-14 / B 03431 vom 08.11.2011; Antwort RAW vom 29.12.2011 (zu TOP 2.3.12/11/11) | |

- 6.3 Überdachung der Treppenaufgänge am U-Bahnhof Arabellapark; BV-13-Empfehlung Nr. 08-14 / E 00515 vom 22.10.09; Antwort MVG vom 15.12.2011 (zu TOP 2.2.6/08/11)
- **siehe TOP 2.3.16.**

Hr. Tetzner äußert dazu, dass der Bezirksausschuss mit den Antworten der MVG der letzten vier Jahre lediglich darüber in Kenntnis gesetzt wird, dass eine Überdachung seitens der Stadtwerke München GmbH nicht notwendig erscheint. Die Situation habe sich jedoch mit Einbruch des Winters mit starkem Schneefall ab Januar 2012 erheblich verändert. Das letzte Schreiben der MVG ist datiert vom Dezember 2011. Es waren und sind sehr viele Leute zu beobachten, die die Treppenaufgänge am U-Bahnhof Arabellapark ausrutschen. Außerdem wurde festgestellt, dass im U-Bahn-Untergeschoss offensichtlich jede Menge Sand gestreut gewesen ist. Hr. Tetzner bittet daher im Schreiben um Aufnahme des Zusatzes, den **neuen Sachverhalt zu prüfen und die Frage zu beantworten, ob es üblich sei, auf unterirdischen Flächen, welche den Anforderungen von Rutschfestigkeit entsprechen, zu streuen?**
- **diesem Zusatz zur im UA Verkehr unter TOP 2.3.16 beschlossenen Reaktion wird einstimmig zugestimmt.**

- 6.4 Verlängerung der Buslinie 187 in Richtung Oberföhring; BA-13-Antrags-Nr. 08-14 / B 03592 vom 13.12.2011; Antwort MVG vom 09.01.2012 (zu TOP 2.3.5/12/11)
- **siehe TOP 2.3.16.**
- 6.5 S-Bahnhof Johanneskirchen, Behindertengerechter Zugang und Instandhaltung; BA-13-Antrags-Nr. 08-14 / B 03586 vom 13.12.11; Antwort RAW vom 04.01.2012 (zu TOP 2.3.7_2.3.12/12/11)
- **siehe TOP 2.3.16**
- 6.6 Installation eines Geländers am Durchgang Plankenhofstraße / Brodersenstraße; BA-13-Antrags-Nr. 08-14 / B 03432 vom 08.11.2011; Antwort BauR vom 20.01.2012 (zu TOP 2.3.15/11/11)
- 6.7 Modellhafte vorgezogene Bürgerbeteiligung gemeinsam mit den betroffenen BAs und Referaten und Bereitstellung notwendiger Finanzmittel bei der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Bereich Nordosten S-Bahnlinie S8 München – Flughafen (östlich), zwischen Stadtgrenze, Lebermoosweg / ehemalige Gütergleisstrasse, Stadtgrenze und Bahnlinie München – Mühldorf; BA-13-Antrags-Nr. 08-14 / B 03342 vom 11.10.2011 (zu TOP 2.2.1/10/11)
- 6.8 Straßenbenennung Wegstück von der Oberföhringer Straße, zw. Hs.Nr. 186 und 195 m östlich davon zu „Zur alten Ziegelei“; Nachricht Kommunalreferat vom 07.02.2012 (zu TOP 2.5.2/01/12)

Die TOP 6 werden en bloc einstimmig so zur Kenntnis genommen (außer TOP 6.1 und 6.3 bis 6.5).

7 Unterrichtungen (ohne Vorberatung)

7.1 Direktorium - / -

7.2 Baureferat - / -

7.3 Referat für Gesundheit und Umwelt

7.3.1 * Hüllgraben zwischen Schichtlstr. und Dornacher Weg, Umgestaltung und ökologischer Ausbau des Hüllgrabens, Bach km 2+430 bis 2+900, II. Bauabschnitt; Plangenehmigung vom 20.01.2012

7.4 Kommunalreferat

7.4.1 Rappelhofstraße 4 und 6, Flst. Nrn.: 483/28 und 483/23, Übertragung städtischer Wohnungsbestand (Verkauf), Mitteilung vom 30.12.2011

- 7.4.2 Odinstraße, Flst. 319/24 Gemarkung Bogenhausen, Rückerwerb einer integrierten Kindertagesstätte; Mitteilung vom 23.12.2011

7.5 Kreisverwaltungsreferat

- 7.5.1 Denninger Straße Nordseite östlich Radspielerstraße; Einrichtung eines absoluten Haltverbotes von ca. 10 m; Anordnung vom 16.01.2012
- 7.5.2 Veranstaltungskalender Park/ Reitanlagen: Greenfields Open Air am 22.07.12 auf der Galopprennbahn
- 7.5.3* Unveränderte Gaststättenfortführung: Gaststätte: „F-Bar“, Orsenkavalierpl. 15
- 7.5.4* Unveränderte Gaststättenfortf.: Gaststätte: „The Westin Grand München“, Arabellastr. 6
- 7.5.5* Unveränderte Gaststättenfortführung: Gaststätte: „Tankstelle“, Richard-Strauss-Str. 70
- 7.5.6* Unveränderte Gaststättenfortführung: Gaststätte: „Swagat“, Prinzregentenpl. 13
- 7.5.7* Unveränderte Gaststättenfortführung: Gaststätte: „Konossos“, Freischützstr. 81

7.6 Kulturreferat - / -

7.7 Referat für Stadtplanung und Bauordnung

- 7.7.1 * Meldeliste **Erstantragsverfahren** in der Zeit vom 19.12.2011 – 29.01.2012: Zwieseler Str. 1; Hitzestr. 8; Flemingstr. 17; Weltenburger Str. 37; Effnerstr. ; Gemingstr. 20; Vollmannstr. 59; Posener Pl. 12; Ismaninger Str. 45; Normannenstr. 2; Engelschalkinger Str. 245; Maria-Theresia-Str. 22; Prinzregentenstr. 95; Vollmannstr. 53; Mühlbaurstr. 7; Zopotter Str. ; Richard-Strauss-Str. 48; Mauerkircherstr. 81; Jacobistr. 2; Pienzenauerstr. 76;
- 7.7.2 * Meldeliste **Änderungsverfahren** in der Zeit vom 19.12.2011 – 29.01.2012: Steubstr. ; Oberföhringer Str. 204; Rennbahnstr. 35; Hornsteinstr. 14; Flemingstr. 53; Effnerstr. 64; Pienzenauerstr. 58; Vilshofener Str. 5; Freischützstr. 10; Bürgerstr. 18;
- 7.7.3 * Meldeliste **Abbruchanzeigen, Zustimmungsverfahren, Vorbescheide sowie Freistellungsverfahren** in der Zeit vom 19.12.2011 – 29.01.2012: Mauerkircherstr. 165; Engelschalkinger Str. 148; Barlowstr. 11; Richard-Strauss-Str. 50; Musenbergstr. 30; Pienzenauerstr. 3; Feuersteinstr. 2
- 7.7.4 * Wohnungspolitisches Handlungsprogramm „Wohnen in München V“, Wohnungsbauoffensive 2012 – 2016; Beschluss des Stadtrates vom 25.01.2012
- 7.7.5 * Preis für Stadtteilpflege – Wettbewerb „Denkmalschutz und Neues Bauen“; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 11.01.2012
- 7.7.6 * Beihilferechtliche Auswirkungen der Landesbank-Krise auf die GBW AG-Wohnungen; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 11.01.2012
- 7.7.7* Perspektive München: Langfristige Siedlungsentwicklung, Sachstandsbericht, Zukunftskongress; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 18.01.2012
- 7.7.8* Genossenschaftsidee fördern II, „Hamburger Modell“ zur Grundstücksvergabe an Genossenschaften und Baugemeinschaften darlegen; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 01.02.2012
- 7.7.9* Flughafenbindung auf der S8-Trasse; vertagter Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 11.01.2012
- 7.7.10* 2. Stammstrecke, Forderungen des Freistaates Bayern, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.01.2012
- 7.7.11* 2. Stammstrecke, Vorfinanzierung durch die Landeshauptstadt München; Beschluss des Stadtrates vom 14.12.2012
- 7.7.12* Zukunft des geförderten Wohnungsbaus in München; Beschluss des Stadtrates vom 25.01.2012

7.8 Referat für Bildung und Sport

- 7.8.1 Errichtung eines Hauses für Kinder mit 2 Krippen-, 2 Kindergarten- und 2 Hortgruppen am Hochstiftsweg 13: Genehmigung der baulichen Fertigstellung und Mittelbereitstellung; Beschluss des Ausschusses für Bildung und Sport vom 11.01.2012

- 7.8.2 SchülerInnen- und Klassenzahlen an den städtischen Realschulen, den staatlichen Realschulen und der Städt. Franz-Auweck-Abendschule; Schuljahr 2011/2012; Bekanntgabe im Ausschuss für Bildung und Sport vom 11.01.2012
- 7.8.3 SchülerInnen- und Klassenzahlen an den städtischen und staatlichen Gymnasien sowie an den Schulen des Zweiten Bildungsweges und den Schulen besonderer Art im Schuljahr 2011/2012; Bekanntgabe im Ausschuss für Bildung und Sport vom 11.01.2012
- 7.8.4 SchülerInnen und Klassenstand an den Beruflichen Schulen der LH München im Schuljahr 2011/2012; Bekanntgabe im Ausschuss für Bildung und Sport vom 11.01.2012
- 7.8.5 SchülerInnen- und Klassenzahlen der öffentlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen, der städt. Tagesheime und Heilpädagogischen Tagesstätten für das Schuljahr 2011/2012; Bekanntgabe im Ausschuss für Bildung und Sport vom 11.01.2012
- 7.9 Sozialreferat**
- 7.9.1* Zweckentfremdung von Wohnraum durch Abbruch, Böhmwerwaldplatz 4; vorher; 258 m² bzw. 1 WE, geplant: 629 m² bzw. 1 WE
- 7.10 Personal- und Organisationsreferat - / -**
- 7.11 Stadtkämmerei - / -**
- 7.12 Referat für Arbeit und Wirtschaft - / -**
- 7.13 MVG - / -**
- 7.14 sonst. städt. Betriebe (SWM, Messe)**
- 7.14.1 Übersicht über aktuelle Bauvorhaben der Stadtwerke München
- 7.15 Sonstige (Bahn AG, Post) - / -**

Die TOP 7 werden ohne Wortmeldung oder Aussprache en bloc so zur Kenntnis genommen.

8 Berichte

- 8.1 Berichte der BA-Beauftragten
- / -

- 8.2 Bericht der Polizei
- / -

9 Sonstiges

- 9.1 Geburtstage d. MdBA, Ehrungen

Es wird allen Geburtstagskandidaten- und kandidatinnen herzlich gratuliert.

- 9.2 Mitteilungen der BA-Vorsitzenden

- Informationsveranstaltung der SWM am 20.03.2012, 18 Uhr, Emmy-Noether-Str. 2
→ Hr. Tscheu und Fr. Pilz-Strasser werden teilnehmen.
- Jährlicher Informationsaustausch mit dem Kommunalreferat am 22.03.2012, Roßmarkt 3, Raum 232
- „Regionalgespräch Bezirksausschuss - Lokalbaukommission am 07.03.12, 17 Uhr
- Referat für Bildung und Sport trifft die Bezirksausschüsse am 14.03.12, 16 Uhr, Bayerstr. 28, Raum 5.074

- 9.3 Mitteilungen der MdBA
- / -

- 9.4 Termine
Die nächste Vollgremiumssitzung findet am **13.03.2012** um 19:30 Uhr in der **in der Sportgaststätte Halbzeit, Engelschalkinger Straße 206** statt.

- 10 Nichtöffentlicher Teil**
siehe Anlage zum nichtöffentlichen Teil.

gez.

Angelika Pilz-Strasser
Vorsitzende des BA 13 - Bogenhausen

D – HA II / BA – BA-G Ost
Protokollführung